

Braune Schleifspuren

Wie sich SD-Historiker im „Dritten Reich“ verhielten und in die Bundesrepublik hinüberretteten

Joachim Lerchenmueller: Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS. Der SD-Historiker Hermann Löffler und seine Denkschrift „Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland“. Dietz Verlag, Bonn 2001. 320 Seiten, 68,- Mark.

Die deutsche Geschichtswissenschaft hat sich frühzeitig mit dem „Dritten Reich“ befaßt, eine Positionsbestimmung des Faches unter dem Nationalsozialismus aber aus subjektiver Betroffenheit zunächst unterlassen. Von Ausnahmen abgesehen, gerieten die in der NS-Zeit wirkenden Historiker erst zu Beginn der neunziger Jahre ins Fadenkreuz geschichtlichen Interesses. Die Lektüre rund fünfzig Jahre unbeachteter, wenn gleich öffentlich zugänglicher Schriften ließ die Identifikation mit beziehungsweise Partizipation an nationalsozialistischem Gedankengut erkennen – bis hin zum Rassismus zahlreicher in der Bundesrepublik zu Renommee gelangter Gelehrter. Da diese nach 1945 zumeist in repräsentativen Funktionen ihrer Standesorganisation, in bedeutsamen fachlichen Gremien und Gesellschaften und bisweilen auch politisch wirkten, lag die Suche nach tieferen Schleifspuren in der NS-Zeit nahe. Man wurde in institutionellen Archiven vielfach fündig. Erinnert sei an die Denkschrift des Kölner Nachkriegshistorikers Theodor Schieder aus dem Jahr 1939 zur ethnischen Neugestaltung des polnischen Raumes. Doch Papier ist geduldig und sagt an sich nichts über seine Wirksamkeit aus, die das eigentliche Kriterium eines personenbezogenen historischen Befundes bildet.

Lerchenmueller ediert nun eine Reihe von Dokumenten über das Beziehungsgeflecht zwischen hauptamtlichen SS- und Hochschulhistorikern, die gemeinsam sogenannte „Gegenforschung“ zur vermeintlich unzulänglich gleichgeschalteten universitären Geschichtswissenschaft betrieben. Es galt, verbindliche historische Interpretationsmuster zu entwickeln und ideologierelevante Problemfelder – beispielsweise zur Juden- und Freimaurerfrage – zu bearbeiten.

Im SD sowie dem kultur- und wissenschaftspolitischen Steuerungsorgan „Ahnenerbe“ wirkende Wissenschaftler wurden gezielt mit solchen Themen promoviert und habilitiert, um sie sukzessiv in die Hochschulen einzuschleusen. Ihre Betreuung übernahmen außen- beziehungsweise der SS nahestehende oder angehörte Universitätslehrer, unter ihnen Günther Franz und Erich Maschke. Franz, der

zahlreiche SS-Historiker mit antisemitischen Schriften promovierte, firmierte als Obergutachter der SS in historischen Fragen.

Im Mittelpunkt steht der SS-Historiker Hermann Löffler, der laut Urkunde bei Franz unter dem Dekanat von Maschke über den „Anteil der jüdischen Presse am Zusammenbruch Deutschlands“ in Jena den Doktorgrad erwarb. Lerchenmueller bezweifelt, daß die Studie vorgelegt wurde, denn sie blieb unauffindbar. Löffler habilitierte bei Franz in Straßburg und wurde, weiter in Diensten der SS, dessen Assistent. Die Edition beinhaltet eine Denkschrift Löfflers über „Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland“, die aus Sicht der SS richtungweisend für die Historikerzunft des „Dritten Reiches“ sein sollte. In ihr werden in denunziatorischer Absicht die Universitätslehrer in systemkonformer und gegennerische aufgelistet. Der Krieg hat ein personelles Changeament an den deutschen Hochschulen verhindert.

Lerchenmueller verdeutlicht, daß nach 1945 das von der SS geknüpfte Netzwerk zumindest partiell in der Bundesrepublik gespannt blieb. Franz erhielt nach einigen Warteschleifen eine Professur in Hohenheim, wo er es zum Rektor brachte. Sein Gutachten verschaffte Löffler eine Professur an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, möglicherweise durch vorsätzliche Falschaussage: Er bestätigte die Promotion Löfflers und entideologisierte deren Titel, der nun „Die Haltung der deutschen Presse am Ende des I. Weltkrieges“ lautete.

Wenn es der SD-Seilschaft aus überkommenen Nazi-Tagen auch nicht gelang, sich in gewünschter Zahl an den deutschen Hochschulen zu plazieren, so etablierte sie sich um so erfolgreicher im Bereich historisch-politischer Bildung und Wissensvermittlung im Segment des Bildungsbürgertums. Über die Ranke-Gesellschaft hat Franz mit ehemaligen Gesinnungsgenossen das Geschichtsbild der Nachkriegszeit durch Verharmlosung und Tabuisierung des „Dritten Reiches“ mitgeprägt. Das „Historisch-Politische Buch“ der Gesellschaft diente neben Franz auch zahlreichen ehemaligen NS- und SD-Historikern als Forum zur Verbreitung ihrer historischen Ansichten: zum Beispiel dem Breslauer Dozentenführer Ernst Birke, Nachkriegsprofessor einer Pädagogischen Hochschule, Löffler und Reinhard Höhn.

Der frühere SS-Oberführer Höhn leitete ab 1956 die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft als eine der größten europäischen Kaderschmieden für Mana-

ger, die auch von Generalstäblern der Bundeswehr durchlaufen wurde. Hier lehrte der ehemalige faktische Leiter des SD-Inland, der in Nürnberg zu 20 Jahren Haft verurteilte und 1952 begnadigte Historiker Alfred Six. Damit nicht genug: Ein weiterer SS-Historiker, einst Dekan und Dozentenführer in Straßburg, Ernst Anrich, gründete über Strohmänner die Wissenschaftliche Buchgemeinschaft (später: Gesellschaft).

Lerchenmueller hat Leben und Wirken aller namhaft zu machenden SD-Historiker und der ihnen in ideologischer Ausrichtung verbundenen, im Dunstkreis der SS sich bewegenden universitären Fachgenossen verfolgt und rekonstruiert. Er öffnet damit die Innenschau auf Einrichtungen des Himmlerschen SS-Imperiums, die Wissenschaftspolitik mit dem Ziel radikaler Nazifizierung des Hochschulwesens betrieben. Am Ende seiner verdienstvollen Studie fragt Lerchenmueller nach Relevanz und Beurteilung der von ihm vorgestellten SD-Historiker, um zu einem zurückhaltenden Urteil zu finden. Kein Zweifel, nach dem gescheiterten Anschlag auf die Historiographie des „Dritten Reiches“ besaßen Renazifizierungsversuche nach 1945 an deutschen Hochschulen keine Chance. Kein Zweifel auch, daß zahlreiche tätige NS-Historiker über den Kreis von SS und SD hinaus an bundesdeutschen Hochschulen wieder Fuß faßten.

Lerchenmueller hat recht, wenn er darauf verweist, sie hätten keinen „wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft zu nehmen“ vermocht. Hinzugefügt werden muß aber, daß sie die Neuorientierung einer weitgehend nationalistischen Historiographie nachhaltig behindert haben, und daß sie, wie über Ranke-Gesellschaft und besagte Buchgemeinschaft, einer kritischen öffentlichen Reflexion jüngster deutscher Vergangenheit im Wege waren. Der von Lerchenmueller als Beurteilungskriterium zur Diskussion gestellte mögliche Gesinnungswandel ist insofern nicht zu konstatieren, als die genannten SS-Historiker es an politischer Selbstkritik haben fehlen lassen, bei zumindest formaler Loyalität gegenüber dem neuen demokratischen Staatswesen. Einzig Ernst Anrich von der Wissenschaftlichen Buchgemeinschaft trat der NPD bei, deren Parteivorstand er angehörte. Ungeachtet dieser verdienstvollen Schrift leidet die Historikerzunft unter den Defiziten geschichtlicher Selbsterkenntnis. Auch für sie gilt das Wort Roman Herzogs: „Siech dem bösen Teil der Geschichte nicht zu stellen, halte ich für die sublimste Art intellektueller Feigheit.“ HANS-ERICH VOLKMAN

Pulverdampf unter Aktenstaub

Amtliche Editionen zur Außenpolitik: Hin und wieder gab es Interventionen

Sacha Zala: Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktensammlungen im internationalen Vergleich. R. Oldenbourg Verlag, München 2001. 385 Seiten, 98,- Mark.

Sacha Zala beschreibt die Geschichte internationaler Aktenpublikationen am Beispiel ausgewählter amtlicher Editionen zur Außenpolitik. Eindrucksvoll führt das Buch vor, daß der Staub der Archive stets auch der Pulverdampf früherer Schlachten ist, der manchmal sogar noch den Zündstoff für neue Auseinandersetzungen in sich trägt.

Die Ursprünge der großen wissenschaftlichen Akteneditionen, die heute von allen größeren Staaten regelmäßig publiziert werden, reichen bis ins Jahr 1624 zurück. Damals veröffentlichte das englische Kabinett gezielt diplomatische Korrespondenzen, um Oppositionskritik zu begegnen. Aus diesem Vorläufer entwickelten sich mit der zunehmenden Parlamentarisierung Europas die sogenannten Farbbücher, die als Propagandainstrumente vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, aber auch noch einmal während der Weltkriege des 20. Jahrhunderts große Bedeutung gewannen. Diese Publikationen – benannt nach der je nach Nationalität unterschiedlichen Farbe der Einbände – dienten ausschließlich der Legitimation des Regierungshandelns. Sie erfüllten keinerlei wissenschaftlichen Anspruch.

Dies änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Ausgelöst durch die Frage der Kriegsschuld, entschloß sich die deutsche Regierung, eine Dokumentensammlung zum Ausbruch des Krieges vorzubereiten. Das Projekt entwickelte sich zum entscheidenden Anstoß für die großen Aktenpublikationen der Zwischenkriegszeit, die im Zeichen der Kriegsschuldkontroverse zur „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ gerieten, wie Zala zugespitzt formuliert. Zwischen 1922 und 1927 erschienen die 54 Bände der „Großen Politik der europäischen Kabinette“, die für den Zeitraum 1871 bis 1914 eine Fülle von Aktenstücken aus den deutschen Archiven offenkamen. Die Diskussion um den Quellenwert dieser Publikation ist so alt wie sie selbst. Der Verfasser teilt die heute mehrheitlich vertretene Auffassung, daß die „Große Politik“ weitgehend wissenschaftlich akzeptabel sei, führt aber an einigen Fallbeispielen noch einmal vor, warum quellencritische Vorsicht geboten ist.

Die deutsche Aktenedition setzte die Siegerstaaten unter den Druck, ihrerseits

die Archive zu öffnen. In den Jahren 1926 bis 1938 erschienen die „British Documents on the Origins of the War“, ab 1929 folgten die „Documents diplomatiques français (1871–1914)“, deren letzter Band allerdings erst 1959 herauskam. Die Briten taten dabei mit der Beauftragung unabhängiger Historiker den entscheidenden Schritt hin zu einer wirklich wissenschaftlichen Editionspraxis. Der Vorgang ist – auch wenn Konflikte zwischen dem Foreign Office und den Herausgebern nicht ausblieben – für die Zeitgeschichte

Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Sicherstellung der deutschen Archive und ein Jahr später auf die Gründung eines Editionsprojekts für die Akten des Auswärtigen Amts. Frankreich wirkte seit 1947 mit, ab 1960 wurde auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Die Geschichte der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“, deren erster Band im Jahr 1949 in der englischen Ausgabe erschien, spiegelt die Geschichte des Kalten Krieges. Allein der Fund des geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt macht die Sprengkraft deutlich, die auch für die Kriegalliierten selbst in den deutschen Akten lag. Die Edition war den verschiedensten Beeinflussungsversuchen ausgesetzt. Während etwa die Briten – am Ende vergeblich – auf eine Unterdrückung der Unterlagen drängten, die den Herzog von Windsor in peinlicher Nähe zum NS-Regime zeigten, betrieben die Amerikaner nach dem Scheitern der gemeinsamen Deutschland-Politik mit der Sowjetunion eine vorzeitige Veröffentlichung der kompromittierenden Überlieferung zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1939 bis 1941. Um so wichtiger war deshalb die Tatsache, daß das internationale Herausgebergremium nach dem Vorbild der britischen Vorkriegsdition aus unabhängigen Historikern bestand. Diese konnten sich dem Zugriff der nationalen Außenministerien weitgehend entziehen, auch wenn sie begrenzte Kompromisse eingehen mußten.

Einen besonders interessanten Fall, der auf Intervention eines gänzlich unerwarteten Akteurs zurückging, schildert der Autor im letzten Kapitel seines gründlich recherchierten Werks. Nicht eine der kriegsbeteiligten Großmächte, sondern die neutrale Schweiz setzte einen direkten Eingriff in die Edition durch. Entgegen der Planung enthielt der 1957 veröffentlichte X. Band nicht die deutschen Akten über die Vereinbarungen, die schweizerische und französische Militärs 1940 für den Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz getroffen hatten. Die Veröffentlichung erfolgte erst 1961. Durch geschicktes Taktieren gelang es dem Bundesrat in Bern selbst dann noch, die eigentliche Brisanz der Enthüllung dieser – die Neutralität ins Zwielicht rückenden – Begebenheit zu vertuschen. Die eigenen Archivalien hielt die Schweiz sogar noch bis weit in die siebziger Jahre unter Verschluss. Daß das Kernland der Demokratie zu solcher Vorsicht griff, belegt anschaulich die von historischen Akten befürchtete Explosionsgefahr. DANIEL KOSTHORST

ANZEIGE

Gründliche
Beratung vor
der Gründung

Info-Line zum Ortstarif:
0 18 01 24 24 00
www.dta.de

DtA
Deutsche Ausgleichsbank
Wir fördern Zukunft

in doppelter Hinsicht bedeutsam: Erstmals rekurrierte ein Staat zur Legitimation einer Aktenpublikation auf die Autorität externer Historiker und verhalf damit gleichzeitig der Geschichtswissenschaft zu einem Ansehen neuer Qualität.

Die Erfahrungen des „Weltkriegs der Dokumente“ nach dem Ersten Weltkrieg veranlaßten schon vor Ende des Zweiten Weltkriegs das britische Außenministerium zu Planungen für eine Veröffentlichung der Akten des nationalsozialistischen Deutschland unter der Regie der Siegermächte. Im März 1945 einigten sich



S&L 011.1030 SL

Die neue SL-Klasse.

Am 13. Oktober 2001 bei Ihrem Mercedes-Benz Partner.



Mercedes-Benz
Die Zukunft des Automobils.